

Politische Zielsetzungen und Programme: Vereinigtes Königreich (Großbritannien)

1. Bildungspolitische Ziele und Programme
2. Forschungs- und Innovationspolitische Ziele und Programme
3. Ergebnisse von Evaluierungen

1 Bildungspolitische Ziele und Programme

Die Reform des Berufsbildungssystems in England wurde bereits unter dem Abschnitt [Berufliche Bildung](#) beschrieben ([Überblick „Post-16 Skills Plan“ 2016](#)). In der Industriestrategie („Industrial Strategy: Building a Britain Fit for the Future“, [White Paper](#)) von 2017 hat die Regierung ihre Ambition bekräftigt, in England zukünftig ein technisches Ausbildungssystem von Weltklasse aufzubauen.

Ein Teil der Anstrengungen richtet sich darauf, den Bildungsstand in Mathematik und den naturwissenschaftlichen und technischen Fächern (STEM) anzuheben, da die Wirtschaft massive Schwierigkeiten beklagt, Personal mit den entsprechenden Qualifikationen zu finden. Die Regierung stärkt daher die schulische Bildung und hat zusätzlich in Schlüsselbranchen der britischen Wirtschaft fünf sogenannte National Colleges gegründet, die Abschlüsse auf den Levels 4-6 (Bachelor) anbieten (High Speed Rail, Nuclear, Onshore Oil and Gas, Creative and Cultural Industries, Digital Skills, [Pressemitteilung 2016](#)). Universitäten, Weiterbildungseinrichtungen und Unternehmen haben sich zusammen geschlossen, um im Rahmen von 12 neuen Institutes of Technology (IoTs) Abschlüsse in technischen Fächern auf den Levels 4-5 anzubieten ([Pressemitteilung 2019](#)).

Die vergleichsweise hohen Studiengebühren insbesondere für Bachelor-Studierende in England und Wales sind politisch umstritten. Im Wahlkampf 2017 konnte die Labour-Opposition mit der Forderung punkten, die Studiengebühren für das grundständige Studium abzuschaffen. Die konservative Regierung führte daraufhin 2017 eine Reform ein, nach denen die Hochschulen in England und Wales künftig auch verkürzte Bachelorstudiengänge anbieten können, die die gleichen Inhalte in zwei statt in drei Jahren vermitteln sollen. Während die Studiengebühren entsprechend höher sein dürfen, sollen sich für den Studierenden aufgrund der kürzeren Studienzeiten dennoch Einsparungen bei den Lebenshaltungskosten ergeben (siehe DAAD-Bildungssystemanalyse 2018).

Um Studierende besser für einen zunehmend anspruchsvolleren Arbeitsmarkt zu qualifizieren, hat die Regierung die Möglichkeit, einen Kredit zur Studienfinanzierung aufzunehmen, auf die Postgraduiertenstudiengänge (Master, Promotion) ausgedehnt. Die Studierendenzahlen in den Masterstudiengängen stiegen darauf hin deutlich an (siehe DAAD-Bildungssystemanalyse 2018).

Die britische Entscheidung, die Europäische Union zu verlassen, hat die bildungspolitischen Diskussionen der letzten Jahre ebenfalls beeinflusst ([Überblick zur Brexit-Diskussion Universities UK](#)). Bisher genossen Studierende aus EU-Ländern gewisse Privilegien in Bezug auf Studiengebühren und Darlehen („home fee status“): In England galten dieselbe Beschränkung der Gebühren wie für einheimische Studierende, in Schottland mussten Bachelor-Studierende aus EU-Ländern keine Studiengebühren zahlen. Auch konnten Studierende aus EU-Ländern wie einheimische Studierende bisher günstige Kredite der Regierung zur Studienfinanzierung in Anspruch nehmen. Durch den Wegfall dieser Privilegien nach dem Brexit wird von sinkenden Studierendenzahlen aus der EU und letztlich auch sinkenden Einnahmen für die englischen Hochschulen ausgegangen. Dazu könnte auch beitragen, dass künftig Studierende aus EU-Ländern, darunter auch Deutschland, keine ERASMUS+-Förderung für Aufenthalte im Vereinigten Königreich mehr erhalten können (siehe unter [Internationale Programmatik](#))

[Nach oben](#)

2 Forschungs- und Innovationspolitische Ziele und Programme

Die wesentlichen forschungs- und innovationspolitischen Zielsetzungen sind in der Wissenschafts- und Innovationstrategie („[Our plan for growth: Science and Innovation](#)“) von 2014 sowie der Industriestrategie („[Industrial Strategy: Building a Britain Fit for the Future](#)“, [White Paper](#)) von 2017 festgelegt.

Die Industriestrategie identifiziert vier wesentliche Herausforderungen:

- die Notwendigkeit in Forschung und Entwicklung (FuE) sowohl von privater als auch von öffentlicher Seite her verstärkt zu investieren,
- Ideen, die aus wissenschaftlicher Forschung entstehen, besser und häufiger für eine kommerzielle Nutzung weiterzuentwickeln,
- exzellente Forschung und Innovation zu fördern, die in lokalen Zusammenhängen Wirtschaftswachstum unterstützt und
- die Reputation und Attraktivität und damit die führende Rolle des Landes in der internationalen FuE-Kooperation zu bewahren.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) sind die Ausgaben für FuE und damit die FuE-Intensität bisher verhältnismäßig gering: Das Vereinigte Königreich (Großbritannien) erreicht nur einen Wert von 1,7 Prozent und liegt somit deutlich unter dem OECD-Durchschnitt. Unter der Industriestrategie hat sich die Regierung 2017 das ehrgeizige Ziel gesetzt, die FuE-Intensität bis 2027 auf 2,4 Prozent (den OECD-Durchschnitt von 2016) zu steigern. Zwischen 2016/17 und 2021/22 plant die Regierung, ihre jährlichen staatlichen Investitionen in FuE von 9,5 auf 12,5 Milliarden GBP anzuheben („[The Allocation of Funding for Research and Innovation](#)“, Juli 2018). Teil der Maßnahmen ist die Auflage des „Industrial Strategy Challenge Fund“, mit dem die industrielle Nutzung und Vermarktung von britischen Forschungsergebnissen – etwa in den Bereichen Robotik und Biotechnologie – unterstützt werden soll. Um auch die Unternehmen mit an Bord zu holen und zu verstärkten Investitionen in FuE zu bewegen, schließt die britische Regierung sogenannte Sektorenabkommen ab ([Überblick zu den „Sector Deals“](#), siehe auch unter [Fachliche Stärken](#)). Zudem wurde entschieden, dass Programm zur Errichtung der außeruniversitären Forschungszentren CATAPULT fortzuführen und auszubauen (siehe nächster Abschnitt).

Seit 2015 investiert das Vereinigte Königreich größere Summen in Forschung und Innovation in und mit Entwicklungs- und Schwellenländern um seiner Verpflichtung nachzukommen, 0,7 Prozent des [BIP](#) in Entwicklungszusammenarbeit zu investieren (siehe unter [Internationale Kooperationen: Strategien und Programme](#)).

Die Brexit-Entscheidung hat auch für die Forschungs- und Innovationspolitik reichlich Diskussionsstoff geboten. Den britischen Hochschulen geht es im Wesentlichen darum, die Integration des Landes in europäische Forschungsprojekte und den damit verbundenen Mittelzufluss unter den EU-Rahmenprogrammen für Forschung und Innovation auch nach einem Brexit zu erhalten ([Überblick zur Brexit-Diskussion Universities UK](#)). Denn die britischen Hochschulen waren bisher sehr erfolgreich darin, Fördermittel der EU einzuwerben (siehe unter [Teilnahme an europäischen Programmen und Initiativen](#)).

[Nach oben](#)

3 Ergebnisse von Evaluierungen

Eine der einflussreichsten Evaluierungen der letzten Jahre war der sogenannte Sainsbury Review, der zu einer umfassenden Reform des britischen Ausbildungssystems (siehe unter Berufliche Bildung) geführt hat ([Überblick Dokumente](#) zur Reform der Berufsbildung). Allerdings kamen die OECD und die britische gemeinnützige Organisation CIPD in zwei 2017 durchgeführten Studien ([OECD-Bericht](#) (2017) und [CIPD-Bericht](#) (2017)) kurz nach Verkündung der Reform zu dem Schluss, dass es gerade im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung zu viele nicht durchdachte und inkonsistente Reformen gegeben habe, die unzureichend evaluiert wurden („There has been little consistency, with endless changes in institutions, structures, incentives, targets and policy priorities made worse by constant changes in ministerial and departmental responsibilities and oversight“, CIPD-Bericht, S. 10). Die OECD empfiehlt daher, zukünftig Pilotmaßnahmen einzusetzen, um größere Reformvorhaben vorzubereiten. Zudem müsse verstärkt Evaluierung von Reformen eingesetzt werden.

Dagegen gibt es im britischen Forschungs- und Innovationssystem eine starke Evaluierungskultur, die sich sowohl auf das System insgesamt, als auch auf Hochschulen und Regionen und auf politische Instrumente und Institutionen erstreckt. So veröffentlicht die Regierung in regelmäßigen Abständen bibliometrische Studien zur Leistungsfähigkeit des britischen Forschungssystems im internationalen Vergleich. Die letzte Studie von 2017 („[International comparative performance of the UK research base](#), 2016“) kommt zu durchweg positiven Ergebnissen. Sie betont, dass das Land in Relation zu seiner seinem begrenzten Input gute Ergebnisse erzielt („punches above its weight“), wenn es auch durch Schwellenländer wie China zunehmend unter Druck gerät. Im Auftrag des Scottish Science Advisory Council (SSAC) wurde speziell für Schottland eine ähnliche bibliometrische Studie erstellt, die den Zeitraum von 2007 bis 2016 abdeckt und die kleinere Länder wie z.B. Irland, Dänemark, Finnland, Norwegen und Neuseeland zum Vergleich heranzieht: Auch hier sind die Ergebnisse sehr positiv („[Scotland's Science Landscape Report](#)“).

Ein wichtiges Merkmal des britischen Forschungs- und Innovationssystems ist, dass sich auch die Vergabe institutioneller Mittel an Hochschulen nach wettbewerblichen Qualitätskriterien („quality-related funding“) richtet. Grundlage sind die Ergebnisse des Research Excellence Framework (REF), unter dem die Forschungsleistungen der Hochschulen bewertet werden. Im Rahmen der letzten Evaluierung 2014 wurden erstmals auch die Auswirkungen von Forschung und Entwicklung („Impact“) mit einbezogen. Hochschulen waren im Rahmen der Evaluierung aufgerufen, den jeweiligen „Impact“ durch Einreichung von Fallstudien zu belegen. 2016 wurde das REF selbst einer Evaluierung unterzogen ([Evaluierung REF](#)). Die nächste Durchführung der Evaluierung der Forschungsleistungen der Hochschulen ist für 2021 vorgesehen.

Seit 2016 wird auch die Lehre an den Hochschulen im Rahmen des Teaching Excellence and Student Outcomes Framework (TEF) bewertet. 2019 wird das TEF einer Evaluierung unterzogen ([Überblick zum TEF](#)).

Zu Regionen gibt es gleich mehrere Initiativen: 2015 beschloss die Regierung, regionalen Stärken und Schwächen im Bereich Wissenschaft und Innovation zu auditieren (Science and Innovation Audits, [SIA](#)). Außerdem hilft seit 2015 ein festgelegtes Set von Indikatoren, die Leistungen der sogenannten Local Enterprise Partnerships (LEP) in England in Bezug auf Forschung und Innovation („[Local Enterprise Partnerships: evidence on local innovation strengths](#)“) zu bewerten. Die Ergebnisse werden auf dem [Smart Specialisation Hub for England](#) veröffentlicht.

Auch Institutionen und Fördermaßnahmen werden häufig evaluiert. Zu den wichtigsten Studien der letzten Jahre gehören:

- Der [Catapult Network Review](#) (2017): Für die seit 2011 eingerichteten CATAPULT-Forschungszentren (siehe unter [Forschungs- und Förderorganisationen](#)) wurde ursprünglich eine Finanzierung angestrebt, die sich aus drei Teilen zusammensetzt: ein Drittel Grundfinanzierung des Staates, ein Drittel Auftragsforschung durch Unternehmen sowie ein Drittel Einwerben von wettbewerblicher Förderung. Jedes der CATAPULT-Zentren erhielt zunächst eine Grundfinanzierung in Höhe von 10 Mio. GBP über die ersten fünf Jahre. Die Evaluation ergab, dass viele der CATAPULT-Forschungszentren auch nach fünf Jahren stärker von staatlichen Geldern abhängig sind als geplant. Gleichwohl entschied die britische Regierung 2018, dass die CATAPULT-Zentren, dem Prinzip der Industriestrategie folgend, weiter unterstützt und das Programm ausgebaut werden soll. Angekündigt wurden in der zweiten Jahreshälfte 2018 Investitionen von insgesamt über 1,1 Milliarden GBP über die nächsten fünf Jahre

(960 Mio. GBP für sechs Zentren und weitere 215 Mio. GBP für vier Zentren).

- Der [Research Council Review](#) („Ensuring a successful research endeavour: review of the UK research councils“): Der Review kommt zu dem Ergebnis, dass die Strukturierung der Forschungsräte anhand von Disziplinen erhalten werden sollte. Gleichzeitig könnte eine neue Dachorganisation für eine bessere Koordinierung sorgen. Die Ergebnisse wurden bei der Gründung der Dachorganisation UKRI berücksichtigt, die im April 2018 ihre Arbeit aufnahm.

[Nach oben](#)